

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagerter: Die Bohengespinnere
Betriebe für Angeln aus Aue und
Umgebung 20 Goldfische, un-
terstützte Angeln 20 Goldfische,
Kellern-Politik 10 Goldfische,
amtliche Seite 20 Goldfische.

Verlegungen nehmen die Anzeigen
und die Anzeigen die Postämter
ausgeben. - Erscheint wöchentlich.
Verlagspreis: 1/2 Mark Nr. 23.

Verleger: Tagesblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 194

Freitag, den 21. August 1925

20. Jahrgang

Lohnbewegung im ganzen Reich.

Lohnstreikigkeiten im ostbergschlesischen Bergbau.

Breslau, 19. August. Wie die „Schlesische Bztg.“ aus Rattowitz hört, steht Ostbergschlesien erneut vor einem schweren wirtschaftlichen Konflikt. Die Arbeitsgemeinschaft der Schwerindustrie hat den Gewerkschaften das folgende Kündigungs schreiben für die bisher geltenden Löhne zugesandt: „Wir kündigen hiermit die gegenwärtig im Steinkohlen- und Erzbergbau gültigen Löhne zum 31. August. Unter dem schweren wirtschaftlichen Druck infolge der Absatznot und wegen der sich täglich verschärfenden Geldschwierigkeiten der Werke sehen wir uns gezwungen, eine Herabsetzung der Löhne zu fordern.“

Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften hat zu dieser Kündigung bereits Stellung genommen und beschlossen, namentlich ihrerseits auch die Kottarize in der gesamten Hüttenindustrie zum 31. August zu kündigen mit dem Zweck, eine Herabsetzung der Löhne entsprechend den gestiegenen Lebenshaltungskosten zu erreichen.

Kündigung des Hafenarbeitertarifs in Hamburg.

Hamburg, 19. August. Der bis zum 31. August laufende Tarifvertrag der Hafenarbeiter ist von den im

Hafenbetriebsverein organisierten Arbeitgebern gekündigt worden. Schlichtungsverhandlungen sind bereits eingeleitet.

Lohnstreikspruch für den Ruhrbergbau.

Essen, 19. August. In den heutigen Lohnverhandlungen wurde folgender Schlichterspruch für den Ruhrbergbau gefällt: Die Lohnordnung vom 22. April d. J. wird vom 1. September d. J. ab mit der Maßgabe wieder in Kraft gesetzt, daß sie erstmalig zum 31. Oktober 1925 gekündigt werden kann. Erklärungsfrist ist der 20. August 1925.

Streik in der Berliner Herrenkonfektion.

Berlin, 19. August. Die Berliner Herrenkonfektions Schneider sind in den Streik getreten, und zwar werden vorerst 14 der größten Betriebe betroffen. Ueber einen Gesamtschlichter soll, wie die „Deutsche Konfektion“ mitteilt, eine Delegiertenversammlung am 20. d. M. in Berlin entscheiden. Die Arbeitgeberverbände sollen entschlossen sein, dem Streik durch eine Aussperrung zu begegnen.

Zur Abrüstungsfrage.

Paris, 19. August. „Journal des Debats“ schreibt: Man kann sich leider nicht verheimslichen, daß sehr viele Amerikaner der Ansicht sind, Amerika müßte sein finanzielles Übergewicht dazu benutzen, allen europäischen Staaten die vollkommene Abrüstung aufzuzwingen. Man kann also daraus gefaßt sein, daß man eines schönen Tages die Einladung Amerikas zu einer neuen Abrüstungskonferenz erhalten wird. Gestern hat bereits der „New York Herald“ interessante Ausschüsse über die Pläne des Präsidenten Coolidge und der amerikanischen Behörden veröffentlicht. Es handelt sich hier um die Abschaffung der großen Kreuzer, was Frankreich nicht besonders treffen würde, aber auch darum, für die leichtesten Kreuzer das gegenwärtig für die Großkampfschiffe festgelegte Verhältnis anzuwenden, das heißt Frankreich, das in der Nordsee, im Kanal, im Atlantischen Ozean und im Mittelmeer seine Küsten sowie zahlreiche Kolonien schützen muß, wird, ebenso wie Italien, selbst für die gegenwärtigen Schiffeinheiten zweiter Ordnung in ein Verhältnis von 1,75 zu 3 (Japan) und 5 (England und Vereinigte Staaten) treten. Es ist klar, daß man eine solche Regelung niemals annehmen kann, da sie Frankreich jedem Angriff aussetzt. Kein Druck darf Frankreich veranlassen, in dieser lebenswichtigen Frage nachzugeben. Es ist also lebhaft zu wünschen, daß Coolidge möglichst seinen Plan, eine Konferenz für die Abrüstung zur See, hinausschiebt, weil es unter den gegenwärtigen Umständen so aussieht, als wolle er die finanzielle Waffe dazu benutzen, ein politisches Ziel zu erreichen, was sicherlich nicht der Sache der internationalen Verständigung dienen würde. Das ist übrigens ein Grund mehr, nicht zu lange mit den Verhandlungen über die Schuldenfrage zu zögern. Frankreich darf keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß es ein gerechtes Abkommen treffen will, daß aber wohlverstanden keine politische Frage mit dieser rein finanziellen in Verbindung gebracht werden darf. Wenn Frankreich erst einmal ein verbindliches Abkommen getroffen hat, dann wird es auch seine volle politische Unabhängigkeit wiedererlangt haben.

Belgien und die deutsche Einfuhr.

Brüssel, 19. August. „Libre Belgique“ schreibt bezüglich der deutschen Zahlungen: Wenn man weiter Zahlungen von Deutschland erhalten will, muß die öffentliche Meinung in Belgien dahin gebracht werden, daß sie ein Einweichen der deutschen Einfuhr zuläßt. Da Deutschland nicht genug Gold hat, um es zu exportieren, kann es in der Hauptsache nur in Waren zahlen. Diese Zahlungen rufen jedoch egoistische Proteste seitens der belgischen Erzeuger hervor. Diese Proteste sind ganz natürlich, aber die Frage ist, ob Belgien wünscht, daß man es bezahlt oder nicht. Da die Antwort darauf sicherlich ja lautet, müssen die Sonderinteressen vor den allgemeinen Interessen zurücktreten. Man könnte in einem gewissen Maße eine Auswahl unter den zu Zahlungswegen eingeführten Erzeugnissen treffen, damit nicht immer dieselben Industrien den Nachteil der deutschen Konkurrenz ausüben müssen.

Ungarisch-russischer Gefangenenaustausch.

Budapest, 19. August. Heute ist ein Transport von 28 Kommunisten aber Sogod nach Rußland abgegangen. Die ungarischen Austauschgefangenen, die seit dem Kriege in Rußland zurückgehalten wurden, werden morgen hier eintreffen.

Amerika nimmt an der Paktkonferenz nicht teil.

Paris, 19. August. Die Havas-Agentur meldet offiziell aus Washington, daß dort alle Gerüchte einer Beteiligung der Vereinigten Staaten an den Verhandlungen über die Sicherheitsfrage, die aus der Annäherung des Vorkämpfers Houghton beim offiziellen Essen mit Briand und Chamberlain in London entstanden seien, demontiert wurden. In Washington erwartete man keine Aufforderung zur Teilnahme an der Sicherheitskonferenz, und man würde eine solche voraussichtlich ablehnen, um eine falsche Auslegung der Annäherung amerikanischer Vertreter zu vermeiden. Die amerikanische Regierung ist der Ansicht, daß die Sicherheitsfrage durch die europäischen Mächte selbst geregelt werden müsse.

Popolo d'Italia zur französischen Antwortnote.

Das Organ des Ministerpräsidenten Mussolini, Popolo d'Italia, schreibt, die der französischen Botschaft übermittelte italienische Note, die sich zu der gestern in Rom überreichten französischen Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli äußere, nehme in grundsätzlich günstigem Sinne zu dieser Antwort Stellung. Italien verfolge alle Schritte, die eine Entspannung in Europa herbeiführen könnten, mit Sympathie. Die Mitteilung Mussolinis bezeuge demzufolge das Interesse, das in Italien für die allgemeinen europäischen Friedensprobleme herrsche, ein Interesse, das allgemein einen dem Frieden günstigen Charakter habe.

Auflösung der Optantenvermittlungsstelle.

Berlin, 19. August. Bei der Optantenvermittlungsstelle in Schnellvermittlung laufen noch täglich in großer Zahl Anträge auf Zuweisung von Hausangestellten und von landwirtschaftlichen Arbeitsträften — als Arbeiterfamilien mit und ohne Hofgängern, ledigen, insbesondere weiblichen Arbeitsträften — ein. Derartige Arbeitsträfte sind aus den Kreisen der Optanten nicht mehr verfügbar. Die Optantenvermittlungsstelle hat ihre Aufgabe im wesentlichen erledigt und wird demnächst aufgelöst werden.

Belgien und Italien sind mit der Sicherheitsnote einverstanden.

Paris, 19. August. Die belgische Regierung hat dem Dual d'Orsay mitgeteilt, daß sie die französische Antwortnote bezüglich des Sicherheitspaktes an Deutschland billige. Auch Mussolini hat dem französischen Vorkämpfer in Rom davon unterrichtet, daß der Text der Antwort die Billigung der italienischen Regierung finde. Diese beiden Mitteilungen sind heute vormittag dem französischen Vorkämpfer in Berlin de Margerie zur Kenntnis gebracht worden, und dieser hat gleichzeitig Anweisungen erhalten bezüglich der Weitermittlung der Antwortnote an die deutsche Regierung. Der Vorkämpfer de Margerie wird noch vor Ende der Woche um eine Audienz beim Reichskanzler und beim Reichsaußenminister nachsuchen und sich mit den Mitgliedern des diplomatischen Korps in Verbindung setzen, damit das Dokument in Gegenwart der Vertreter der alliierten Mächte überreicht werden kann. Die Note wird am Tage der Überreichung, also am Freitag oder Sonnabend, veröffentlicht werden.

Ein Aufruf der Demokratischen Partei.

Die Deutsche demokratische Partei und die demokratische Reichstagsfraktion erlassen folgenden Aufruf: Wir stehen am Ende einer langen und an Kämpfen überreichen parlamentarischen Tagung, der ersten, in der die demokratische Reichstagsfraktion in Opposition gegenüber einer Regierung der deutschen Republik stand. Sie hat diese Opposition nachdrücklich und kräftig geführt, aber ohne Gehässigkeit und ohne grundsätzliche Negation. Stets ist sie sich der Verantwortung bewußt gewesen, die sie, die nationale und republikanische Verfassungskonferenz, in ganz besonderem Maße gegenüber dem deutschen Parlament trägt. Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion hat sich deshalb bewußt zu keinem Zeitpunkt an irgend einer Form von Obstruktion beteiligt, die die Arbeit des Reichstages zu verhindern geeignet gewesen wäre und einen gefährlichen Schritt auf dem Wege zum Niedergange des Parlamentarismus bedeutet hätte. Sie hat die Arbeitsfähigkeit des Parlaments gefördert, die Ausschreitungen der Kommunisten bekämpft, dabei aber mit demselben Nachdruck die unerschörten Methoden der Mehrheit abgelehnt, die die sachlichen Anträge der Opposition ungeprüft beiseite schob, sich gegen den Geist der parlamentarischen Zusammenarbeit verständigte und mit steigender Hast ihr lächerliches und flüchtig zusammengewürteltes Kompromißwerk unter Ausnutzung aller sachlichen Gegenargumente unter Dach und Fach brachte.

Die demokratische Reichstagsfraktion ist in keinem Falle imstande gewesen, die Vereinbarungen, die die Regierungsparteien hinter verschlossenen Türen, häufig unter Hintertreibung über feierliche Regierungserklärungen, getroffen hatten, gutzuheißen. Die Neuregelung des Beamtenabbaues, die die so notwendige Rechtssicherheit für den Beamtenstand noch immer nicht voll wiederherstellt, und die Verletzung der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der beamteten Frau zu einem Dauerzustand macht, hat bei uns ebenso entschiedenen Widerstand gefunden, wie das Aufwertungskompromiß, die Steuererhöhungen und die Zollvorlage. Die drei großen wirtschafts- und finanzpolitischen Vorlagen haben bewiesen, daß die Regierung, entsprechend dem Geiste der hinter ihr stehenden Parteien, für die Bedürfnisse des Volkes und die Erfordernisse der in schwerster Krise befindlichen Wirtschaft nicht das nötige Verständnis hat. Erstes Gebot ist heute die Stärkung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und die Sicherung deutscher Ausfuhr. Die jetzt verabschiedeten Steuergesetze aber belasten die deutsche Wirtschaft mit einer Jahresleistung von 10—11 Milliarden, erhöhen damit die Produktionskosten und die Kosten der Lebenshaltung und schwächen Deutschland im Kampf um die Weltmärkte, der für das deutsche Volk ein Existenzkampf schlechthin ist. Die Zollgesetze, deren Zweck die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland sein müßte, erschweren durch ihr gefülltes Durcheinander von Kampf-, Produktions- und Mindestpreisen die handelspolitischen Verhandlungen und bedrohen uns mit der Gefahr, daß weitere ruinöse Wirtschaftskonflikte den unglücklichen Verhandlungen der letzten Monate folgen. Die jegliche, von der Regierung herrschende Regierung kann, eingeengt durch die Forderungen von herrschbegierigen Interessenten, das deutsche Volk nicht aus der schweren wirtschaftlichen Krise, in die es hineingeraten ist, herausführen. Die gleichmäßige Verteuerung aller Waren, der Lebens- wie der Produktionsmittel, der Rohstoffe wie der Fertigwaren, ist die Folge ihres wirtschafts- und finanzpolitischen Systems.

Nachdem alle verabschiedeten Gesetze sind unter Bruch von Wahlversprechungen, insbesondere von Versprechen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei, zustande gekommen. Die enttäuschten Gläubiger und Später wissen ein Lied davon zu singen, was deutschnationale Versprechungen wert sind; die Angehörigen der freien Berufe und die Handelsvertreter, denen man Aufhebung der Umsatzsteuer versprochen, nicht minder. Die Wirtschaftspartei, angeblich gegründet, um das Dasein des selbständigen Mittelstandes zu erleichtern, hat einer Gesetzgebung zugestimmt, die dem Mittelstand Rohstoffe und Produktionsmittel durch Steuern, Zölle und Zölle verteuert, und hat sich am Handwerk und am Kleinhandel, am Tabak- und am Gastwirtsgeerbe verständigigt. Den Schutz und die Vertretung des selbständigen wie des verbrauchenden Mittelstandes überließ sie der Deutschen demokratischen Partei.

Besonders traurig war der Bruch deutschnationaler Wahlversprechungen in den Fragen der Außenpolitik. Die Schwankung zur Erfüllungspolitik, die durch die Spaltung der Deutschnationalen bei der Abstimmung über die Dawesgesetze vorbereitet wurde, ist durch ihre Zustimmung zu den Verhandlungen über einen Sicher-